



Position der Europäischen Gesellschaft für Präventionsforschung zu ineffektiven und potenziell schädlichen Ansätzen in der Suchtprävention

Ethisch handeln: Schäden vermeiden, Wissenschaft nutzen, Ressourcen nachhaltig investieren

Die Europäische Gesellschaft für Präventionsforschung (EUSPR) ist beunruhigt über so genannte Präventionsstrategien, die überwiegend darauf beruhen, Jugendliche und jüngere Kinder über die Risiken und Gefahren des Konsums von Alkohol und anderen Drogen zu informieren.

Berichte der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD) deuten darauf hin, dass diese Ansätze in Europa in großem Umfang Anwendung finden. Eine besonders kontroverse Form informationsbasierter Ansätze sind so genannte Abschreckungstaktiken, bei denen extreme Bilder oder Berichte (auch von ehemaligen-Substanzkonsument*innen) über die Folgen des Substanzkonsums an Kinder und Jugendliche vermittelt werden. Wir sind besorgt, weil diese nicht nur ineffektiv und teuer sind, sondern auch schädlich sein können – also genau das Gegenteil dessen zu bewirken vermögen, was vermeintlich erreicht werden soll.

Aus mehreren Ländern wurde von Maßnahmen wie dem Erzählen von Erfahrungsberichten durch ehemalige Drogenkonsumenten*innen oder Theaterstücken berichtet, deren Inhalt sich auf die schlimmstmöglichen Folgen des Substanzkonsums fokussiert. Eines der Beispiele für solche Ansätze ist der „[Revolution Train](#)“. Es handelt sich um einen speziell umgebauten Zug, der Jugendliche im Alter von 12 bis 17 Jahren laut Auskunft des Anbieters interaktiv und unter Einbeziehung aller menschlicher Sinne über die Gefahren des Drogenkonsums aufklären soll. Die Jugendgruppen, die durch diese Wanderausstellung geführt werden, sollen die schlimmsten Folgen des Substanzkonsums durch den Einsatz ansprechender audiovisueller Techniken erleben.



Ziel der EUSPR (www.euspr.org) ist es, die wichtigsten Fortschritte und Erkenntnisse der Präventionsforschung zu identifizieren und europaweit in die Praxis umzusetzen. Ihre Mitglieder – Wissenschaftler*innen, Praktiker*innen und politische Entscheidungsträger*innen - kommen aus ganz Europa und darüber hinaus und setzen sich für eine wissenschaftsbasierte, sichere, wirksame und nachhaltige Prävention ein. Die Forschung zeigt eindeutig, dass bloßes Verstehen der Risiken noch lange nicht zu einer Veränderung des Verhaltens bei Kindern und Jugendlichen führt. Uns ist bewusst, wie herausfordernd es ist, die Wirksamkeit von Prävention bei der Veränderung und Aufrechterhaltung von Verhaltensweisen tatsächlich nachzuweisen, und wie schwer es ist, wirksame Interventionen zu entwickeln und sie dann so breit wie möglich einzusetzen. Wir sind uns auch bewusst, wie irreführend Worte in diesem Bereich sein können: Sehr oft werden Aussagen wie „Es hat Ihnen gefallen“ oder "Sie waren sehr beeindruckt ", als Beweis für „Wirksamkeit“ angesehen. Es ist frustrierend zu sehen, dass bewährte und gut beforschte Methoden, die Jugendliche subtil dazu bringen, langfristig sicherer und gesünder zu handeln, in vielen europäischen Ländern oft ignoriert und ungenutzt bleiben.

Deshalb:

Wir haben Verständnis für die Anziehungskraft des Versprechens „endlich etwas (sichtbares) zu unternehmen“.

1. Wir verstehen, dass Entscheidungsträger*innen, insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene und mit politischem Mandat, oft dazu neigen, in Maßnahmen zu investieren, die der Öffentlichkeit eine starke, sichtbare und ansprechende Botschaft „endlich macht jemand etwas“ zu vermitteln. Und zurecht wollen Entscheidungsträger*innen die Zivilgesellschaft auf verschiedenen Ebenen in Maßnahmen mit einbeziehen.
2. Wir verstehen, warum Eltern, Schulbehörden, politische Entscheidungsträger*innen und Vertreter*innen der Strafverfolgungsbehörden die Leitidee solcher Maßnahmen oft als sehr ansprechend und plausibel empfinden, nämlich das junge Menschen vor allem deshalb Alkohol und andere Drogen konsumieren, weil sie nicht ausreichend intensiv vor den Gefahren gewarnt wurden.
3. Wir verstehen, warum auch Expert*innen aus anderen Bereichen wie Medizin, Pharmakologie oder Politikwissenschaften oft von dem Gedanken angezogen werden, dass vor allem junge Menschen entgegen fundiertem besseren Wissen handeln, weil ihnen die Gefahren nicht richtig vermittelt wurden, oder nicht von den richtigen Leuten, oder nicht glaubwürdig und wissenschaftlich genug, oder nicht durch die attraktivsten und modernsten Techniken.



Diese drei plausiblen Annahmen werden häufig von den Befürwortern von Informations- und Abschreckungsmaßnahmen genutzt, von denen der „Revolution Train“ nur ein, wenn auch sehr anspruchsvoll umgesetztes Beispiel ist.

Die Befürworter solcher Ansätze behaupten häufig, dass diese sehr wirksam und wissenschaftlich evaluiert seien. Vor vielen Jahren galt es auch als selbstverständlich, dass die Inhaftierung von Drogenkonsumenten junge Leute vom Drogenkonsum abhalten würde, oder dass Eltern ihren Kindern beibringen sollten, wie man Alkohol trinkt. Obwohl dies logisch erschien, hat die Wissenschaft inzwischen gezeigt, dass diese Annahmen komplett falsch waren.

Was sagt die Wissenschaft zu solchen Ansätzen?

Viele Studien und wissenschaftliche Übersichtsarbeiten haben versucht, die Risikofaktoren zu identifizieren, die zum Substanzkonsum führen. Geringes Wissen oder mangelndes Bewusstsein über die Gefahren des Substanzkonsums wurden in systematischen Reviews nicht als Risikofaktoren identifiziert. Einige Studien deuten sogar darauf hin, dass erhöhtes Wissen mit einem erhöhten Substanzkonsum verbunden sein kann. → Es ist nicht der Mangel an Informationen, der junge Menschen dazu bringt, psychoaktive Substanzen zu konsumieren. Wir können beispielsweise davon ausgehen, dass Ärzt*innen bestens über die gesundheitlichen Risiken des Tabakkonsums informiert sind - dennoch rauchen viele von ihnen (z.B. 25% in Italien).

Die neurowissenschaftliche Forschung zeigt, dass sich früh in der kindlichen Entwicklung herausbildende Merkmale, wie Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung von kognitiver, affektiver und verhaltensbezogener Selbstkontrolle, sowohl mit einem frühzeitigen Beginn des Substanzkonsums als auch mit einem schnellen Fortschreiten hin zu einem gesundheitsriskanten Konsum verbunden sind. → Abschreckungstaktiken und emotionalisierende Botschaften sind für gerade diese Gruppe von Kindern und Jugendlichen, die von Risiko, Gefahr und neuen Erfahrungen angezogen werden, besonders problematisch. Wir erinnern an die Wirkung des Buches (und später des Films) von Christiane F. „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“. Der enorme Erfolg des Buches unter Jugendlichen führte nach 1975, dem Jahr seiner Veröffentlichung, zu einem beispiellosen Anstieg der Heroinabhängigkeit in Deutschland.

Die Neuropsychologie erklärt, warum Informationsvermittlung junge Menschen nicht vom Drogenkonsum und anderen Problemverhaltensweisen abschreckt: In ihrem Alter wird das Verhalten mehr durch den sozialen Kontext als durch individuelle Entscheidungen bestimmt. Jugendliche reagieren intensiver auf emotionale und soziale Reize und lassen sich durch die Meinungen Gleichaltriger beeinflussen. Bei Anwesenheit von Gleichaltrigen wird das sozio-emotionale System des Gehirns stimuliert. Das Zusammenspiel dieser Prozesse erklärt, warum Jugendliche im Umfeld von Peer-Gruppen häufiger Risiken wie Substanzkonsum eingehen. Darüber hinaus können neurobiologische Ungleichgewichte zu einer Beeinträchtigung der Wahrnehmung von Risiken führen.



Es scheint evolutionär und biologisch vorgeprägt und damit nicht vollständig vermeidbar zu sein, dass Jugendliche in der Pubertät risikoreichen Erkundungen geneigt sind. Die Entwicklung eines differenzierten Urteilsvermögens braucht Zeit, weshalb Strategien zur Informationsvermittlung (kognitiv-informativ) kaum geeignet sind, Jugendliche weniger impulsiv oder weniger kurzsichtig zu machen.

Wir weisen daher darauf hin, dass das gesamte Konzept von Angeboten wie dem „Revolution Train“ auf der fehlerhaften Annahme basiert, dass der jugendliche Substanzkonsum (der auf Impulsivität, sozialer Interaktion und automatische Prozesse zurückzuführen ist) allein durch solche Informations- und Erkenntnisprozesse verhindert werden könnte, auch wenn die abschreckenden Szenen – wie beispielsweise von Befürwortern des „Revolution Trains“ behauptet – später in den Klassenzimmern diskutiert und kontextualisiert werden sollen.

Wir erinnern die Leser nachdrücklich daran, dass „wirksam“ in der Prävention in der Regel bedeutet, dass eine Intervention oder Strategie mit robusten Forschungsmethoden getestet wurde und zu positiven Veränderungen im Verhalten oder der Gesundheit ihrer Zielgruppe beiträgt.

Interventionen, die keine Verhaltensänderungen nachweisen können, wie z.B. reduzierten Substanzkonsum, bessere soziale und kommunikative Fähigkeiten oder bessere Selbstkontrolle, können auf keinen Fall als „wirksam“ angesehen werden. Wir möchten auch darauf hinweisen, dass alle Definitionen von „guter Praxis“ erfordern, dass Interventionen verhaltensbezogene Ziele haben und auf einem soliden „Logikmodell“, einem „theoretischen Modell“ oder einer „Theorie der Verhaltensänderung“ basieren. Informationsmaßnahmen wie der „Revolution Train“ oder andere Abschreckungsmaßnahmen erfüllen diese Kriterien nicht und gründen daher nicht auf einem soliden Fundament.

Wenn Aussagen wie „Es hat ihnen gefallen“, „Sie waren beeindruckt“, „Sie wollen mehr“ oder „Sie erinnerten sich daran“ stichhaltige Argumente für „Wirksamkeit“ wären, dann müsste auch der Substanzkonsum selbst als „evidenzbasiert“ betrachtet werden, da die Konsument*innen dasselbe über ihren Drogenkonsum sagen. Derartige Zufriedenheitsanalysen haben in wissenschaftlicher Hinsicht keine Aussagekraft bezüglich der Wirksamkeit und können deshalb nicht als Argument für eine Maßnahme herangezogen werden. Dasselbe gilt für die Verbreitung einer Maßnahme: Dass ein Programm weit verbreitet ist und eine große Nachfrage besteht, sagt überhaupt nichts über seine Wirkungen auf das Verhalten von Jugendlichen aus.



Bedenken Sie potenzielle Schäden für unsere Kinder.

Es ist unabdingbar darauf hinzuweisen, dass manche Präventionsansätze auch schädlich sein können, da sie das Interesse am Substanzkonsum oder an schädlicheren Konsumpraktiken erhöhen könnten. Auch in anderen Präventionsbereichen gingen Programme wie „Scared Straight“ und andere Gefängnisbesuchsprogramme davon aus, dass die Konfrontation junger Menschen mit den tatsächlichen Folgen kriminellen Verhaltens ihr Risiko, selbst Täter zu werden, verringern würde. Die [Präventionsforschung hat](#) jedoch [gezeigt](#), dass diese Interventionen nicht nur wirkungslos sind, sondern sogar das Risiko unter Jugendlichen erhöhen können, eine Straftat zu begehen.

Ein besonders gut untersuchtes Beispiel für schädliche Wirkungen durch Prävention ist die Cannabiskampagne der US-Regierung im Jahr 2003. Wie der „Revolution Train“ und ähnliche Maßnahmen basierte diese auf visuellen Inhalten darüber, wie und mit welchen Folgen Cannabiskonsum betrieben wird. Diese Kampagne hatte insgesamt keinen Einfluss auf die Absicht, Cannabis zu konsumieren, aber sie erhöhte das Interesse am Cannabiskonsum gerade unter denjenigen, die zuvor überhaupt nichts von Cannabis wussten. Dies geschah, weil die Kampagne die Wahrnehmung erhöhte (die „normative Annahme“), dass Cannabiskonsum ein weit verbreitetes Verhalten sei. → Eine Schlüsselbotschaft des „Revolution Train“ ist zum Beispiel, dass es in Europa ein zunehmendes Drogenproblem gibt, während objektive, vergleichbare und zuverlässige Daten, die von der EBDD erhoben wurden, darauf hindeuten, dass dies für die meisten Länder und die meisten Substanzen nicht zutrifft. Dies mag eine gute Verkaufstaktik sein, aber selbst gut gemeinte informative Warnhinweise können schädlich sein, wenn sie so genannte normative Überzeugungen verstärken: Hier sehen wir indirekte Beweise für Schäden, auch wenn der „Revolution Train“ selbst anscheinend nicht evaluiert wurde (im Sinne einer wissenschaftlich wirklich belastbaren Studie).

Vor dem Hintergrund von Studien, die gezeigt haben, dass der Substanzkonsum durch informationsbasierte Ansätze zunahm, sind wir gezwungen, die Leser daran zu erinnern, dass ein Großteil der Prävention vor allem auf Einzelpersonen, oft Minderjährige, abzielt, die nicht ausdrücklich ihre Zustimmung oder ihr Interesse an einer bestimmten Maßnahme zum Ausdruck gebracht haben. Neben den ethischen Problemen, Jugendliche ohne ihre Zustimmung fragwürdigen Interventionen zu unterwerfen, steht ein noch größeres Thema im Vordergrund, nämlich unsere Verantwortung als Erwachsene, dafür zu sorgen, dass jede an unsere Kinder und Jugendlichen gerichtete Maßnahme zumindest schadlos ist.



Wir fordern daher die Schulbehörden und Entscheidungsträger*innen auf, einige einfache Regeln anzuwenden:

- Entscheiden Sie sich nur dann für eine Intervention, wenn aus hochwertigen Studien eindeutig hervorgeht, dass sie positive Auswirkungen auf das Verhalten hat. (bundesweit verfügbare Programme finden Sie zum Beispiel in der [„Grünen Liste Prävention“](#) des Landespräventionsrats Niedersachsen).
- Setzen Sie Maßnahmen ohne vorliegenden Wirksamkeitsnachweis aber mit einem vielversprechenden, wissenschaftsbasierten Ansatz nur zurückhaltend ein und lassen Sie sie bestenfalls evaluieren.
- Setzen Sie Maßnahmen nicht ein, wenn es den geringsten, auch indirekten Hinweis darauf gibt, dass ein Schaden entstehen könnte. Beispiele für Schäden sind: Steigerung der Konsumabsicht, Steigerung der Annahme, dass der Konsum von Substanzen akzeptiert oder weit verbreitet ist, schädlicher Substanzkonsum gezeigt wird und den Teilnehmern indirekt Anleitung zum Gebrauch von Substanzen gegeben wird.

Wir fordern vor diesem Hintergrund auch Eltern und Lehrer auf, kritisch und achtsam hinsichtlich der Präventionsmaßnahmen zu sein, denen ihre Kinder und Jugendliche ausgesetzt werden sollen. So wie sie es nicht begrüßen würden, wenn ihre Kinder in der Schule von unqualifiziertem Personal unterrichtet würden, sollten sie sich auch aktiv jeder Praxis widersetzen, bei der ihre Kinder zweifelhaften und ineffektiven Ansätzen ausgesetzt sind, wie z.B. solchen, deren einziger Zweck die Vermittlung von Information, Berichte von ehemaligen Drogenabhängigen, Abschreckungstaktiken oder zufällige Drogentests bei Schülern in Schulen ist. Keine dieser Methoden hat trotz vielfacher Studien positive Wirkungen im Sinne der Prävention bei Jugendlichen gezeigt. Stattdessen führten sie zum Gegenteil der beabsichtigten und versprochenen Effekte. Die Befürworter des „Revolution Train“ suggerieren Eltern und der Öffentlichkeit, dass es an Maßnahmen zur Prävention mangelt. Jedoch ist effektive und ethische Prävention - im Gegensatz zu lärmendem Aktivismus - oft unsichtbar und in die Schule oder die Jugendarbeit integriert; oder sie geschieht indirekt, indem sicherere und fördernde Rahmenbedingungen für das Aufwachsen junger Menschen geschaffen werden.



Setzen Sie auf wissenschaftsbasierte Prävention.

Wir stellen nicht in Frage, dass objektive, glaubwürdige und ausgewogene Informationen über Alkohol und andere Drogen wichtig sind; solche Informationen können einfach und bequem in jedes Schulcurriculum aufgenommen werden (und sind häufig bereits in den Biologieunterricht integriert). Wir stellen jedoch eindeutig den Wert der ausschließlichen Bereitstellung von Informationen als Präventionsmaßnahme in Frage. Prävention ist in Wirklichkeit wesentlich mehr als eine Steigerung des Gefahrenbewusstseins: Es geht um Verhaltensänderungen - und die Aufrechterhaltung dieser Veränderungen - und um eine positive Sozialisierung. Die Vermittlung von Information allein trägt nur sehr wenig zu diesem Ziel bei, wie die meisten von uns in ihrem eigenen Leben beobachten können: Wir sind uns zum Beispiel der Gefahren eines bewegungsarmen Lebensstils und einer ungesunden Ernährung voll bewusst, ohne dass wir unser Verhalten notwendigerweise ändern würden.

Präventionsprogramme, die in hochwertigen Evaluierungsstudien durchgängig positive Ergebnisse erzielen, sind im [Xchange-Register](#) der EBDD zu finden. „Ergebnisse“ bedeutet: Tatsächliche Verhaltensänderung. → Keines der wirksamen Programme in diesem und anderen nationalen Registern stützt sich auf die Bereitstellung von Informationen, und keines setzt auf Abschreckung.

Besonderes Augenmerk legen wir auf die Kriterien, nach denen festgestellt werden kann, ob eine Intervention in diesem Register und seinen Schwesterregistern, z.B. die [Grüne Liste Prävention](#) in Deutschland, wirksam ist. Ein kurzer Blick zeigt, dass die Wirksamkeitsansprüche des „Revolution Train“ und dergleichen völlig unbegründet sind, da sie nicht die einfachsten Voraussetzungen erfüllen, um überhaupt als „evaluiert“ angesehen zu werden.

Präventionspraktiken und Interventionsprinzipien, die durch die regelmäßige Überprüfung aller weltweit verfügbaren hochwertigen Evaluationsstudien ermittelt wurden, finden sich in den [Internationalen Standards für die Prävention des Substanzkonsums](#) von der UNODC und im [Best Practice Portal](#) der EBDD. → Durchgängig werden dort Informationsbereitstellung, Schocktaktiken und Berichte ehemaliger Drogenkonsumenten als ineffektiv gekennzeichnet.

Wir sind uns bewusst, dass die Wissenschaft voranschreitet und dass sich ihre Ergebnisse ändern könnten, und wir erkennen an, dass effektive Interventionen nicht überall und für jeden funktionieren. Doch zugleich verfügen wir durch die Präventionsforschung über das Wissen und die Werkzeuge, um den Substanzkonsum zu reduzieren und alternative Verhaltensweisen zu fördern, die sicher sind und Kindern und Jugendlichen nicht schaden.

Es sollte selbstverständlich sein, dass der Einbezug der Zivilgesellschaft in die Prävention nicht dazu führen darf, dass unqualifizierte Personen Maßnahmen konzipieren und durchführen. Innerhalb Europas ist das Akkreditierungssystem für Präventionsexpert*innen in Tschechien ein Leuchtturm für



die Präventionspolitik: Nur Fachleute mit einer Mindestanzahl von Weiterbildungsstunden in evidenzbasierter Prävention dürfen Zugang zu jungen Menschen im Bildungssystem erhalten. Dadurch wird klar gemacht, dass Prävention eine sensible Angelegenheit ist und schädlich sein kann: Nicht jeder sollte präventiv tätig werden dürfen. Ethische Prävention, die auf dem Prinzip „Du sollst nicht schaden“ basiert, muss sicherstellen, dass Menschen, die Prävention mit Kindern und Jugendlichen betreiben, über die für die Arbeit erforderlichen Kompetenzen verfügen – ebenso wie Lehrer*innen, Mediziner*innen und Psychotherapeut*innen über eine ausreichende Qualifikation verfügen müssen.

Die besseren Alternativen können auch günstiger sein.

Politische Entscheidungsträger*innen stehen eine Vielzahl von Maßnahmen und lokalen Regulierungsmöglichkeiten zur Verfügung, die sowohl wirksam als auch sichtbar sind und politisches Kapital einbringen. Warum sollte man seinen Ruf, verantwortlich und fürsorglich zu sein, durch eine mangelhafte, potenziell schädliche und kommerzielle Maßnahme riskieren, nur weil eine einflussreiche Person persönlich davon überzeugt ist, dass diese funktioniert, ohne angemessene wissenschaftlich fundierte Beweise vorlegen zu können?

Polizeikräfte, die sich mit Prävention beschäftigen, haben viele evidenzbasierte Handlungsmöglichkeiten gerade im Bereich der Polizeiarbeit: Präsenz in der Nähe von Schulen und Nachtclubs, das Gefühl von Sicherheit im öffentlichen Raum fördern und das Angebot oder den Verkauf von Substanzen an Minderjährige zu unterbinden. Die Polizei ist zentral für die Gewährleistung eines sicheren und fördernden Umfelds für junge Menschen. Warum Ressourcen und Zeit für ineffektive Informationsaktivitäten aufwenden?

Die Schulbehörden haben eine bessere Wahl sowohl bei evidenzbasierten Programmen für Schulen als auch bei verhältnispräventiven Strategien, die sich auf ein positives und sicheres Schulklima und auf klare Regeln für den Umgang mit Substanzen oder deren Besitz auf ihrem Gelände konzentrieren. Informationen über Substanzen können objektiv in jedem Lehrplan der Schule vermittelt werden. Warum sollten Schulkinder übertriebenen Geschichten ausgesetzt werden, die nur kurzlebige Emotionen ansprechen?

Eltern haben eine Reihe von effektiven alternativen Erziehungsmethoden, die sie zu Hause anwenden können, um das Gesundheitsverhalten ihrer Kinder zu verbessern. Wir ermutigen Eltern, ihre Zustimmung zu verweigern, wenn ihre Kinder potenziell schädlichen und nicht wissenschaftlich bewerteten Interventionen ausgesetzt werden, z.B. solchen, die ehemalige Abhängige, übertriebene Erzählungen oder extreme Bilder verwenden. Es besteht keine Notwendigkeit, Kinder zu erschrecken oder über unangenehme Praktiken und Realitäten aufzuklären, die sie inspirieren könnten, genau dieses Verhalten zu initiieren, das im Mittelpunkt der „Präventionspräsentation“ stand. Dies ist



besonders wahrscheinlich, wenn das Publikum aus Jugendlichen besteht, die leicht zu beeindrucken oder vulnerabel sind.

Es gibt wirksame **überzeugende** Kommunikationsprinzipien, die durch Medien vermittelt werden können, die nicht nach hinten losgehen und bei Jugendlichen nicht zu Widerstand führen.

Zu diesem Zweck haben die EUSPR-Mitglieder das international renommierte *Universal Prevention Curriculum* in eine kurze europäische Version überführt, die von der EBDD als *Europäisches Präventionscurriculum* veröffentlicht wird (und auf ihrer [Website](#) heruntergeladen werden kann). In den entsprechenden Schulungen erwerben Entscheidungsträger, Meinungsbildner und Politiker in 2 bis 5 Tagen das notwendige Wissen über:

- wirklich wirksame Präventionsgrundsätze, -strategien und -programme,
- wie man überzeugende Botschaften auswählt, die tatsächlich zu einer Veränderung der Einstellung gegenüber einem Verhalten führen,
- wie man Evaluationsstudien identifiziert, die tatsächlich Aufschluss über relevante Fragen geben, und
- anhand welcher Merkmale man wirklich gute Präventionspraktiken erkennen und bewerten kann.

Der Kurs und sein Handbuch basieren auf den besten verfügbaren Erkenntnissen darüber, was in der Prävention funktioniert, wurde von Experten ohne kommerzielle Interessen entwickelt und helfen Entscheidungsträger*innen dabei, ineffektive oder gar schädliche Präventionsangebote zu identifizieren und sich und ihre Kinder davor zu schützen.

Die EUSPR ist sich durchaus bewusst, dass die Präventionspraxis in vielen Teilen Europas weit unter den idealen Standards für die Anwendung wirksamer evidenzbasierter Strategien liegt.

Dies ist jedoch keine Rechtfertigung für Entscheidungsträger*innen, teure, kommerzielle Präventionsangebote zu wählen, die nicht angemessen evaluiert wurden, nicht evidenzbasiert sind und keine oder fehlerhafte theoretische Grundlagen haben, nur weil sie behaupten, innovativ und besser in der Lage zu sein, junge Menschen zu erreichen und ihre Aufmerksamkeit zu gewinnen. Aufmerksamkeit zu erregen ist nur der erste Schritt von Prävention - und Bemühungen, die dort enden, gehen in der Regel nach hinten los.

Wir sollten Präventionsmaßnahmen ergreifen, die auf Rationalität und Wissenschaft basieren, und nicht auf Popularität.



European Society for
Prevention Research

<http://euspr.org/>

Dies ist besonders wichtig, wenn knappe öffentliche Mittel für die Prävention eingesetzt werden. Sie müssen sinnvoll eingesetzt werden, denn Investitionen in ineffektive oder schädliche Interventionen lenken die Ressourcen weg von effektiven Interventionen.

Wir appellieren an alle Institutionen, die an der Durchführung oder Förderung von Präventionsmaßnahmen beteiligt sind, die bestehenden Qualitätsstandards in der Suchtprävention einzuhalten und die Verbreitung und Förderung von Maßnahmen, die nicht mit den aktuellen wissenschaftlichen Standards in Europa übereinstimmen, verantwortungsbewusst zu überdenken und abzulehnen.

Wir fordern die Einhaltung der anerkannten Schlüsseldokumente der Europäischen Drogenstrategie, die von wichtigen internationalen Fachgesellschaften und Institutionen unterstützt werden, welche an der Etablierung qualitativ hochwertiger und wirksamer Prävention beteiligt sind: [EBDD](#), [Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung \(UNODC\)](#) und die Gesellschaft für Präventionsforschung (SPR).